Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1922

7.8.1922 (No. 181)

Visual Library

№ 181 Montag, den 7. August 1922 165. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: J. V. Redakteur E. Rüf, Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 135 ℳ — Einzelnummer 2 ℳ — Anzeigengebühr: 3 ℳ für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrichstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Aufenthalt von Ausländern.

** Der Erlaß vom 18. Mai 1922 über die Regelung des Aufenthalts von Ausländern in Baden ist dahin ergänzt worden, daß die Aufenthaltsbescheinigung die Ausländer für ganz Baden von der persönlichen An- und Abmeldepflicht am jeweiligen Aufenthaltsort auf die Dauer der Gültigkeit der Aufenthaltsbescheinigung befreit.

Den Ortspolizeibehörden bleibt die Befugnis, die persönliche Meldepflicht allgemein oder für besondere Fälle dennoch anzuordnen.

Den von der Meldepflicht befreiten Ausländern bleibt unbenommen, nach der Ankunft an einem neuen Aufenthaltsort die Aufenthaltsbescheinigung der Polizeibehörde vorzulegen oder vorlegen zu lassen, um die Vornahme von polizeilichen Kontrollen möglichst zu vermeiden.

Damit Ausländer, die Aufenthaltsbewilligung erlangt haben, nach kürzerer Unterbrechung des Aufenthalts in Baden nicht von neuem um Aufenthaltsbewilligung nachsuchen müssen, wird darauf hingewiesen, daß eine Aufenthaltsbewilligung für einen bestimmten Zeitraum auch zu wiederholtem Aufenthalt in Baden berechtigt.

Der 50prozentige Zuschlag zu der Normaltaxe für Aufenthaltsbewilligungen, welche für mehrere Orte oder das ganze Land erteilt werden, kommt in Wegfall.

Die Einholung der Aufenthaltserlaubnis vor der Einreise wird nicht mehr verlangt; die Erlaubnis ist spätestens innerhalb drei Tagen nach Ankunft einzuholen. Der Zuschlag von 50 Prozent ist nur noch zu entrichten, wenn die polizeiliche Anmeldung oder das Gesuch um Aufenthaltsbewilligung nicht in der vorgeschriebenen Zeit erfolgt. Kinder unter 10 Jahren bezahlen die Hälfte der jeweiligen Taxe.

Mit Rücksicht auf den Rückgang der deutschen Währung im internationalen Geldverkehr werden die Taxen für Neubewilligung oder Ausdehnung der Aufenthaltserlaubnis mit sofortiger Wirkung um 50 Prozent erhöht. Auch sonst sind einige Vereinfachungen angeordnet worden.

Frankreichs neuer Vertragsbruch.

Die deutsche Note an Poincaré.

Die Antwortnote der Reichsregierung auf die Note der französischen Regierung in der Angelegenheit der **Ausgleichszahlungen** lautet:

Eurer Exzellenz beehre ich mich den Empfang der Note vom 1. August zu bestätigen. Die **Reparationskommission** hat auf Antrag der deutschen Regierung vom 12. Juli auf Gewährung eines Moratoriums für die Reparationszahlungen mit ihrem Schreiben vom 13. Juli in Aussicht gestellt, daß sie ihre Entscheidung auf diesen Antrag vor dem 15. August treffen und mitteilen wird. Die **großbritannische Regierung** hat auf den Antrag der deutschen Regierung vom 14. Juli auf Herabsetzung der monatlichen Ausgleichsraten mit Schreiben vom 26. Juli geantwortet, daß sie beabsichtigt, diese Frage bald mit den anderen **beteiligten Mächten** zu erörtern, um der deutschen Regierung die Antwort im Namen der Gesamtheit der beteiligten Mächte zugehen zu lassen. Die **belgische Regierung** hat auf den gleichen Antrag geantwortet, daß sie sich auf diesen Antrag zu derselben Zeit wie über das Gesuch um das **Moratorium, für die Reparations-Barzahlungen äußern** werde. Eine Abschrift dieser beiden Noten beehre ich mich zur gefälligen Kenntnis Ew. Exzellenz beizufügen. Die deutsche Regierung kann danach annehmen, daß bereits vor dem 15. August eine grundsätzliche Regelung der Frage der Ausgleichszahlungen möglich sein wird. Sollte diese Annahme, die sich auf das Schreiben der Reparationskommission vom 13. Juli im Zusammenhang mit den erwähnten beiden Noten gründet, nicht zutreffen, so wird die **deutsche Regierung ihre vertraglichen Verpflichtungen im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit zu erfüllen bestrebt sein.**

Auf die Frage der **Heranziehung der privaten Ausgleichsschuldner** zur finanziellen Abdeckung der Ausgleichsverpflichtungen wird die deutsche Regierung in ihrer Äußerung zur Sache selbst, die sie sich in ihrer Note vom 1. August vorbehielt, besonders eingehen. Schon jetzt sei bemerkt, daß ein dem Reichsrat vorliegender Gesetzentwurf eine **Änderung des Berechnungssystems** vorsieht, wonach insbesondere auch die Ausgleichsschuldner stärker als bisher herangezogen werden sollen.

Ew. Exzellenz bezeichnen die in der Note vom 26. Juli 1922 angekündigten Maßnahmen nunmehr als **„Retorsionsmaßnahmen“**. Nach dem Abkommen vom 10. Juni 1921 ist die einzige Rechtsfolge der Nichterfüllung der von Deutschland übernommenen Verpflichtungen die, daß die beteiligten alliierten Mächte dieses **fristlos kündigen können.** Die Kündigung hätte die Wirkung, daß die Bestimmungen des Vertrages von Versailles über die Zahlung der jeweiligen Debetsalden wieder Anwendung finden würden. Als **Sicherung** für den Fall der Nichtzahlung gibt der Vertrag von Versailles den Alliierten Mächten **lediglich ein Pfandrecht** an den Erlösen aus der Liquidation des deutschen Eigentums. Sinn und Zweck dieser gerade für den Fall der Nichterfüllung vorgesehenen Bestimmungen würde der Anwendung der für den 5. August 1922 angekündigten Retorsionsmaßnahmen **widersprechen**, zumal für die Zahlung, die überhaupt erst am 15. August fällig ist.

Seit Ew. Exzellenz Note vom 26. Juli 1922 hat sich die **wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands weiter außerordentlich verschlechtert.** Die Mark ist inzwischen bis auf ein Zweihundertstel ihres Friedenswertes gesunken. Die Leistungsfähigkeit Deutschlands ist dementsprechend weiter zurückgegangen. Unter diesen Umständen gibt die deutsche Regierung anheim, die Angelegenheit **einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen und ihre Entscheidung** bis zu den in der anliegenden englischen und belgischen Note erwähnten Verhandlungen der beteiligten alliierten Mächte **zurückzustellen.**

(gez.) Dr. **Wirth.**

*

Ablehnung der deutschen Vorschläge.

Die Antwort der französischen Regierung auf die deutsche Note wegen des Ausgleichsverfahrens lautet:

„In Beantwortung Ihres Schreibens von heute beehre ich mich, Ihnen bekannt zu geben, daß in Anbetracht dessen, daß die Mitteilung der deutschen Regierung nur einen dilatorischen Charakter hat, die Regierung der **Republik** folgende Beschlüsse zur Sicherstellung ihrer Ansprüche gestellt hat:

1. Die Ausgleichsämter von Paris und Straßburg werden aufgefordert, bis auf weiteres **jede Anerkennung deutscher Forderungen aufzuschieben.**

2. Die Ausgleichsämter in Paris und Straßburg werden aufgefordert, bis auf weiteres **jede Zahlung von Entschädigungen für Rechnung der deutschen Regierung auszusetzen,** die in Anwendung des Art. 397 D des Versailler Vertrages geschuldet werden. Die Zahlung dieser Entschädigungen bleibt bis auf weiteres direkte Verpflichtung Deutschlands. Diese Entschädigungen können im voraus gemäß dem genannten Absatze des Artikels 297 dem **Eigentume deutscher Staatsangehöriger entnommen** werden, das auf französischem Gebiet vorhanden ist oder sich unter französischer Kontrolle befindet.

3. Die Ausgleichsämter in Paris und Straßburg werden aufgefordert, bis auf weiteres jede Mitteilung an das deutsche Ausgleichsamt über den Erlös der Liquidationen deutschen Eigentums in Frankreich **auszusetzen.**

4. Der Generalkommissar der Republik in Straßburg wird aufgefordert, bis auf weiteres die **Ausfuhr** des unter das französisch-deutsche Abkommen vom 15. November 1919 fallenden **deutschen Mobiliars auszusetzen.**

5. In den Departements **„Moselle, Haut-Rhin und Bas-Rhin“** werden sofort Maßnahmen zwecks **Sicherstellung** ergriffen. Falls die verschiedenen Maßnahmen zur prompten Regelung der Frage nicht ausreichen, werden sie durch weitere progressive Maßnahmen ergänzt.“

*

Die Retorsionen Poincarés.

Einige Blätter melden: Der **Oberkommissar von Elsaß-Lothringen** hat ein **Dekret** erlassen, durch das bestimmt wird, daß **alle Banknoten und alle Depots der deutschen Staatsangehörigen in Banken und Kreditanstalten in Elsaß-Lothringen als sequestriert zu betrachten sind.** Von diesen Depots darf nichts ausbezahlt werden. Die Blätter betonen, daß die Maßnahme des Oberkommissars eine **gewisse Erregung hervorgerufen** hat und daß die zahlreichen Deutschen die Abgeordneten bestürmen, sie möchten für die **Zurücknahme des Dekrets** Sorge tragen. Ein rechtssozialistisches Blatt stellt heute Abend fest, daß **noch 300 000 Deutsche, die im Elsaß wohnen,** von dieser Maßnahme **betroffen** werden und daß **wirtschaftliche Erschütterungen** zu erwarten sind.

*

Wie dem „Oeuvre“ aus Straßburg mitgeteilt wird, wurde gestern abend die **erste Ausweisungsmaßnahme gegen deutsche Staatsangehörige** als Vergeltungsmaßregel angeordnet. **Sechs Deutsche,** die zugunsten der Politik von **Klaus Zorn von Bulach** in einer öffentlichen Versammlung Kundgebungen veranstaltet haben sollen, wurden **ausgewiesen.**

*

Eine offiziöse Beschönigung.

Zu den angeordneten Retorsionsmaßnahmen der französischen Regierung schreibt die **Havas-Agentur,** die getroffenen Maßnahmen seien nicht dazu bestimmt, einen stärkeren Effekt in der öffentlichen Meinung zu machen. Es handle sich um praktische Maßnahmen, die bestimmt seien, Deutschland zu beeinflussen. Die ganze Angelegenheit hätte **keine derartigen Sensationen verursacht, wenn Deutschland nicht die ausgetauschten Schriftstücke veröffentlicht** hätte. (Dieser Satz bedeutet ein für die französische Regierung blamables Zugeständnis; Red.). Das für die Regelung der Frage der Privatschulden gewählte System sei dasjenige des Ausgleichs durch Vermittlung besonderer Ämter gewesen. Die französischen Gläubiger seien verpflichtet gewesen, auf dem Wege über die Ämter vorzugehen. Die Regierung müsse sich also an ihre Stelle setzen, um ihre Ansprüche zu wahren. Die deutsche Regierung habe den Versuch gemacht, die Durchführung des Friedensvertrages in bezug auf die Tätigkeit der Ausgleichsämter zu sabotieren, wie sie sich auch bemüht habe, sich den Reparationsbestimmungen zu entziehen. Jedesmal, wenn es sich um die Vereinigung der Konten handelte, habe die deutsche Regierung die Schwierigkeiten vermehrt. Dadurch sei die französische Regierung dazu gekommen, **progressive Vergeltungsmaßnahmen** in Betracht zu ziehen, die sich **immer härter** gestalten würden, wenn es bei dem Mangel an gutem Willen auf Seiten Deutschlands bleibe.

*

Nach der Meldung einer Nachrichtenagentur aus **Grenoble** werden seit zwei Tagen zahlreiche **Artillerietruppen** mit Material und Genietruppen mit Booten auf dem Bahnhofe mit **unbekannten Bestimmungsorte verladen.**

Besorgnisse unserer Freunde, Hoffnungen unserer Feinde.

Aus **Berlin** wird uns geschrieben:

sch. Die angesehene schwedische Zeitung „Göteborgs Handelstidning“ hat am 26. Juli in einem Artikel **„Die Bedrohung der Einheit des Reichs“** ihrer Sorge um Deutschlands Zukunft und zugleich um die Zukunft Europas Ausdruck verliehen. Das Blatt weist darauf hin, daß der unglückliche Ausgang des Weltkrieges Deutschlands Einheit nicht habe beseitigen können, daß aber der **Konflikt zwischen der Reichsregierung und Bayern** die Reichseinheit zu zerstören **drohe — zur Freude Frankreichs, zum Unglück Europas.**

„Göteborgs Handelstidning“ geht davon aus, daß die von Frankreich beanspruchten Landabtretungen und Entschädigungen von dem **zielbewußten** Willen diktiert worden seien, das Deutsche Reich nach jeder Möglichkeit zu schwächen. Wohl ließe sich nicht unbedingt beweisen, daß die Politik der französischen Staatsmänner die Zersplitterung Deutschlands **angestrebt** hätte, aber man könne ruhig behaupten, daß die französische Politik das Zerfallen der Reichseinheit mit großer Befriedigung **begrüßt** hätte. Man könne weiter behaupten, daß der **äußere Druck,** dem Deutschland ausgesetzt gewesen sei, die Zersplitterung des Landes begünstigt hätte. „Die **unerträglichen Verhältnisse“,** unter denen das deutsche Volk dank den Bestrebungen der französischen Staatskunst gelebt hat, haben dazu beigetragen, das Band zwischen den verschiedenen Staaten zu lockern.“

Das südschwedische Blatt geht dann auf den Konflikt zwischen dem Reich und Bayern selbst ein und läßt keinen Zweifel daran, daß es Bayerns Verhalten als „in offenbarem Gegensatz zur Reichsverfassung“ ansehe und daß die Reichsbehörden dies **nicht dulden könnten,** weil, wenn Bayern sich nicht fügte, die Einheit des Reiches verloren wäre.“

Das Blatt schließt seine Betrachtungen mit einem **scharfen Angriffe gegen Frankreich,** indem es sagt: „Dieses neue Unglück, das über dem deutschen Volke schwebt, ist ebenfalls ein **Resultat der Versailler Politik.** Wäre der Druck auf Deutschland nicht so stark gewesen, so wären die inneren Streitigkeiten auch nicht so erbittert gewesen. Die Nachgiebigkeiten, die der waffenlosen Regierung in Berlin ohne Aufenthalt abgezwungen worden sind, berauben sie des Ansehens nach innen. Die Notlage des Reiches, die Machtlosigkeit der Reichsregierung und die erbittersten Parteikämpfe bilden den Boden, aus welchem der **Separatismus entspringt.** Der Erfolg desselben würde die **endgültige Verwirklichung der Intentionen des Versailler Friedens** enthalten: **das Herabstürzen des Deutschen Reichs in die frühere Machtlosigkeit.** Der Sturmlauf geht nun gegen den **eigentlichen Kern des Bismarckschen Werkes.** Sollte das Werk Bismarcks vernichtet werden, so hat die **französische Staatskunst ihr Ziel erreicht: Zentraleuropa ist vollständig balkanisiert** worden. Unglücklicherweise **kreuzen** sich auf diesem Punkte die **Interessen Frankreichs und Europas.** Und Europa hat keinen mehr, der für es eintritt.“

Daß diese Zerreißung Deutschland das Endziel der Franzosen und ihrer Gesinnungsgenossen ist, plaudert Maurice Muret in einem Artikel der „Gazette de Lausanne“ aus. Er befürchtet, daß der Konflikt eine friedliche Lösung finden werde und daß deshalb die Frage **„Wird Deutschland sich jetzt mit eigener Hand zerreißen?“** diesmal noch nicht befriedigend werde beantwortet werden. Die Krisis, die dieses Werk der Gerechtigkeit und der Logik vollzöge und welche die „Vernichtung des Raubstaates der Hohenzollern“ und die **Wiederkehr der selbständigen Einzelstaaten in Deutschland** herbeiführen könnte, liege noch in der Zukunft. „Sie wäre zu schön“.

Nun weiß man in Deutschland, womit man Herrn Maurice Muret und seinen Gesinnungsgenossen eine Freude machen **könnte;** es wird abzuwarten sein, ob Deutsche die Verantwortung auf sich nehmen werden, Herrn Muret und Konsorten diese Freude machen zu **wollen.**

Mit zwei Beilagen: 85. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtages u. Offizielle Gewinnliste der 10. Badischen Rote Kreuz-Geldlotterie.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Hungerbericht aus der Ukraine

Der Generaldelegierte des Ukrainischen Roten Kreuzes in Westeuropa, Dr. **Cholodny** in Berlin, hat den folgenden Bericht aus den ukrainischen Hungergebieten erhalten:

„Ein bemerkenswerter Zug der diesjährigen Hungersnot ist die durch sie bedingte Entvölkerung der Großstädte und deren kultureller Niedergang. In **Odessa** sowie in **Nikolajew** mehren sich die Fälle von unzweifelhaftem Hungertod sowohl in den städtischen Krankenhäusern wie noch mehr in **Privatwohnungen und direkt auf der Straße.**

In Nikolajew sind im letzten Vierteljahr in dem Leichenschauhause allein 247 Fälle vorgekommen, bei denen die Obduktion unzweifelhaft **Hunger** als Todesursache ergeben hat.

Im ganzen sind in der Stadt während dieser Zeit über 1000 Sterbefälle mehr als im Durchschnitt verzeichnet worden, d. h. 30 Prozent.

Außer dem direkten Hungertod mehren sich die Fälle von tötlichen Darmkrankheiten, die auf die Nahrung mit schädlichen Ersatzmitteln zurückzuführen sind, sowie an speziellem Oedem mit einer Mortalität von 50 Prozent (Herzparalyse).

Infolge der Ernährung mit Fleisch von krepierten Pferden sind außerdem Fälle von **Rotzkrankheit bei Menschen** vorgekommen.

Es ist unmöglich zu sagen, ob es im Stadt- oder im Landbezirk Cherson schlimmer aussieht. Nach offiziellen Daten werden dort bei einer Gesamtbevölkerung von 312 648 Menschen 171 721 Hungernde gezählt. Daneben wütet der **Flecktyphus**, der zuletzt eine Mortalität in der unwahrscheinlich klingenden Höhe von 40 Prozent erreicht hat.

Die Aussichten für den Herbst und Winter sind grauenerregend. Es ist kaum ein Fünftel des Viehbestandes vom Herbst 1921 geblieben, der damals bereits stark zurückgegangen war. Aus diesem Grunde (Mangel in Zugvieh) waren schon die Vorbedingungen für die Aussaat äußerst hoffnungslos.

Auch für die Stadtverhältnisse bedeutet der Rückgang des Viehbestandes große Schwierigkeiten, schon in Bezug auf den Transport der Kranken und der Leichen. In zahlreichen Fällen werden die **Leichen, die haufenweise lagern,** schließlich aus Mangel an Transportmöglichkeiten auf Wagen befördert, die von Menschen gezogen werden. Alsdann werden sie, manchmal bis zu 250 an der Zahl, in eine Grube gemeinsam zusammengetragen. Da es wenig Arbeitskräfte und noch weniger kräftige Arbeitshände gibt, so bleiben die Gruben häufig lange Zeit offen, und eine ärztliche Kommission hat Teile von menschlichen Leichen, **von Hunden halb zerfressen,** einen halben Kilometer von den Gruben entfernt vorgefunden.

Sanitäre und medizinische Hilfe aufrecht zu erhalten, ist beinahe unmöglich. 60 Prozent aller Krankenhausbetten sind mit Hungerkranken belegt. Außerdem ist es so gut wie unmöglich, Hilfe ohne medizinisches oder chirurgisches Material zu leisten. Wäsche fehlt fast gänzlich. In vielen Spitälern ist die Durchschnittstemperatur im Winter 4—6 Grad gewesen.

In Jekaterinoslaw sterben täglich Dutzende den Hungertod. Die Sanitätskolonnen heben vor Hunger in Ohnmacht gefallene Menschen auf der Straße auf. Am meisten leiden natürlich die **Kinder.** Fast täglich werden Kinder von den Müttern verlassen. Nicht selten kommen Fälle von Verbrechen vor, die von Kindern begangen worden sind, z. B. Mord an anderen Kindern um der Nahrung willen.

Nach den Schätzungen des Ukrainischen Roten Kreuzes hungerten bereits Anfang März im Gouvernement Jekaterinoslaw bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 1 600 000 Menschen ungefähr 40—50 Prozent. Inzwischen ist diese Zahl gestiegen.

Im Gouvernement Zaporoshje hungern über 890 000 Menschen, 60 Prozent davon sind Kinder.

Da sämtliche Tiere verzehrt sind, wird eine Art **Brühe aus Leder** gekocht. In den Verpflegungsstationen sind Fälle beobachtet worden, wo die Hungernden die Holztische abgenagt haben. Fälle von **Kannibalismus** mehren sich. **Täglich sterben einige Zehntausende von Menschen Zaporoshje.** Der Viehbestand ist fast vernichtet."

Dr. Cholodny ist wieder nach der Ukraine zurückgereist, um an der Bekämpfung des Hungers praktisch mitzuwirken. Das **Deutsche Rote Kreuz** hat auf die Berichte hin, die kürzlich von dem Mitarbeiter Nansens, Kapitän Quisling, pessimistisch ergänzt worden sind, einen Hilfstransport mit Lebensmitteln und Medikamenten ausgerüstet, der dieser Tage von Warna aus in die deutschen Kolonien nordöstlich Odessa und auf der Krim abgeht. Der Transport ist wesentlich aus Mitteln der **Reichssammlung „Brüder in Not"** (Postscheckkonto Berlin NW. 7 Nr. 65 600) ausgerüstet worden, die dringend an alle Volkskreise die Bitte um Hilfe zur Rettung unserer hungernden und verhungernden deutschen Stammesbrüder in Rußland richtet.

Politische Neuigkeiten.

Die Londoner Besprechung

nimmt heute ihren Anfang. Die Reparationskommission veröffentlicht folgenden **Antrag des englischen Delegierten** Sir John Bradbury:

Auf Grund der gegenwärtigen **Finanzlage Deutschlands** und des Zusammenbruchs der Mark ist **die Reparationskommission der Ansicht, daß es notwendig geworden ist, für den Rest des Jahres 1922 alle auf Grund der Verpflichtungen** aus dem Friedensvertrag von Deutschland **in ausländischen Devisen zu leistenden Barzahlungen zu suspendieren.** Die Kommission empfiehlt also den alliierten Regierungen, alle Zahlungen auf Grund des Ausgleichsverfahrens zu suspendieren, unter der Bedingung, daß die von der deutschen Regierung für diese Operation angebotene Summe **von monatlich 500 000 Pfund Sterling an die Reparationskommission abgeführt** und von ihr zu einem später zu bestimmenden Zwecke verwendet wird.

Wenn die alliierten Regierungen diese Empfehlung annehmen, ist die Reparationskommission bereit, die Zahlungen zu suspendieren, die für das Jahr **1922** von den als Reparationen zu entrichtenden Summen noch zu entrichten sind. Der Betrag der auf diese Weise suspendierten Zahlungen wird in derselben Weise übertragen wie die durch den Kommissionsbeschluß vom 21. März aufgeschobene Zahlung. Wegen des dringlichen Charakters der derzeitigen Lage hat die Kommission es **nicht** für notwendig erachtet, für das neue für 1922 zu gewährende Moratorium **neue Bedingungen zu stellen.** Es wird indessen in aller Kürze notwendig sein, den Betrag der in den Jahren 1923 und 1924 von Deutschland zu fordernden Zahlungen zu bestimmen. Die ganze Frage der für jenen Zahlungsaufschub zu stellenden **Bedingungen** die notwendigerweise **strenger** sein werden als die des laufenden Moratoriums, wird als Bestandteil dieser Entscheidung in Erwägung gezogen werden.

In ihrer Sitzung vom 3. August hat die **Reparationskommission** mit drei gegen eine Stimme beschlossen, die **Beratung dieses Planes** bis nach der Londoner Konferenz **aufzuschieben.**

Asquith und Keynes über die Lage.

In einer liberalen Versammlung in Oxford erwiderte **Asquith** auf die große Parlamentsrede Lloyd Georges über die **Wiederherstellungsfrage.** Er sagte, es sei erfreulich, daß Lloyd George jetzt endlich den **britischen Steuerzahlern** entdeckt habe, **was diese Steuerzahler vor allem brauchen.** Dies sei eine **klare Regelung der Wirtschaftslage Europas.** Wer auf dieses Ziel hinarbeite, sei der beste Freund des britischen Steuerzahlers. Asquith sagte noch, Großbritannien sei durch seine Ehre gebunden, die Schulden an die Vereinigten Staaten zu bezahlen. Es sei dazu bereit, und in der Lage. Die Frage der Staatsmänner sei jetzt, die Wiederherstellungsfrage und die Frage der Schulden vernünftig und endgültig zu regeln. Wenn das geschehe, werde **Amerika** seinen Anteil an der wirtschaftlichen Wiederherstellung der Welt nehmen. (Beifall.)

Hierauf hielt **Keynes** eine Rede, in der er ausführte, er habe nichts an der **Balfournote** auszusetzen, vorausgesetzt, daß dies der erste und nicht der letzte Schachzug Großbritanniens sei. Die **Note** sei seines Erachtens **nicht,** wie manche annähmen, **an Deutschland, sondern in der Hauptsache an Frankreich gerichtet, und sie sei eine notwendige Antwort auf die Versuchsballons Poincarés** in der „Times" und anderswo, die darauf hinausgingen, daß England auf alle seine Ansprüche verzichte und dafür nichts erhalten solle. Die **unvernünftige Politik der Alliierten während der letzten vier Jahre habe die deutschen Finanzen so ruiniert, daß Deutschland** augenblicklich überhaupt nicht zahlen könne, und es sei sicher, daß für eine kürzere oder längere Zeit nchts übrig bleibt, **als ein Moratorium zu gewähren.** Poincaré sei anscheinend bereit, die Bonds der Serie C zu annullieren, vorausgesetzt, daß Großbritannien Frankreich seine Schulden erlasse und auf seinen Anteil verzichte. Aber die Bonds der Serie C seien reines Wasser. Die Erörterung einer endgültigen Regelung müsse bis zum nächsten Jahr verschoben werden, wo nach gehöriger Vorbereitung eine **große Konferenz** für das ganze Problem der zwischenstaatlichen Schulden abgehalten werden sollte, an der die Vertreter der Vereinigten Staaten teilnehmen müßten und die vielleicht in **Washington** abgehalten werden könnte. **Eine internationale Anleihe großen Umfanges** sei seines Erachtens **eine ebenso große Illusion wie eine Wiederherstellung großen Umfanges.** Poincaré und Lloyd George seien durch ihre früheren Versprechungen gebunden. Lloyd Georges Anteil an dieser Sache sei eine wechselnde Periode in seiner Laufbahn. Frankreich könne einem kurzen Moratorium zustimmen; das sei kein großes Opfer infolge der Politik des Vorrechtes über den baren Betrag, auf den Frankreich in der nahen Zukunft Anspruch hätte, selbst, falls die zur Zahlung festgesetzten Summen nur gering seien. Die ganze Lösung der Frage sei nicht Verbindlichkeit. **Der Anspruch auf Pensionen müsse aufgegeben und die Besetzung der Rheingebiete aufgehoben werden.** Wenn Frankreich diesen Bedingungen zustimme, so würde es richtig sein, wenn Großbritannien und die anderen Alliierten ihre Schuld erließen.

Keynes sagt noch, die **internationale Anleihe könne nicht zustande kommen,** und wenn sie zustande käme, würde sie eine verhängnisvolle Verwirrung anrichten. Der **Gedanke, daß der Rest der Welt Deutschland für die Wiederherstellungszahlungen an Frankreich 100 Prozent seiner flüssigen Ersparnisse leihen würde, sei Unsinn.** Im allgemeinen würden 250 bis 500 Millionen Pfund Sterling genannt. Die **Annahme, daß eine Regierung in der Welt** oder alle Regierungen zusammen vor dem **Bankerott Deutschlands im gegenwärtigen Augenblick diesen Geldbetrag von den Kapitalbesitzern der Vollbörsen der Welt erlangen könnten, sei lächerlich. „Die höchste Zahl,** die mir von einem zuverlässigen Fachmann genannt wurde, **wäre 100 Mill. Pfund Sterling.** Aber ich glaube, auch diese Zahl ist noch zu hoch gegriffen. Sie könnte nur aufgebracht werden, wenn der Anteil von besonderer Seite, zum Beispiel auf die deutschen Gelder im Auslande, sowie von Deutsch-Amerikanern ein größerer Teil davon geliefert werden würde. **Dies würde aber nur geschehen, wenn gleichzeitig eine für Deutschland sehr vorteilhafte Regelung zustande käme.**

Die deutschen und interallierten Schulden.

In einem Artikel des „Svenske Dagbladet" behandelt Prof. Cassel die Frage der Kriegsschulden zwischen den Alliierten. Er schreibt:

„In Kreisen, in denen man sich früher zähe geweigert hat, den Erklärungen der Nationalökonomen über die **Unmöglichkeit der deutschen Kriegsentschädigung** Aufmerksamkeit zu schenken, ist man jetzt eifrig damit beschäftigt, die **Unmöglichkeit einer Bezahlung der alliierten Schulden** an Amerika einzusehen. Es ist recht eigentümlich zu beobachten, wie die Gründe, welche jetzt angeführt werden, genau dieselben sind, welche früher im Falle Deutschlands angeführt wurden, aber damals immer als böswillige Konstruktionen zurückgewiesen wurden. Zweifellos sind diese **Gründe, was Deutschland** betrifft, wirklich vielfach **stärker.** Teils ist der Betrag, welchen irgend eines der alliierten Länder den Vereinigten Staaten schuldet, teils ist Deutschland zusammengebrochen und die Sieger haben selbst dafür gesorgt, das seine wirtschaftlichen Hilfsquellen auf ein Mindestmaß heruntergedrückt wurden, und teils haben schließlich die Sieger sich außerordentlich unwillig gezeigt, von Deutschland Bezahlungen in Form von Waren und Arbeitsdiensten anzunehmen."

Prof. Cassel hält es für unmöglich, daß Frankreich und England ihre Schulden an Amerika bezahlen können, weil Amerika sich genau so weigert, Waren und Arbeitsdienste von ihnen als Bezahlung anzunehmen. Der **amerikanische Protektionismus** bedeute eine einseitige **Erschwerung der Schuldenlast.** Ein Land, das eine solche Politik einschlage, müsse sich darein finden, daß sein Schuldner eine entsprechende Herabsetzung der Schulden verlangt oder im äußersten Fall sich dann einfach für zahlungsunfähig erklärt. Die Vereinigten Staaten würden zweifellos klug daran tun, nicht durch mangelnde Rücksichtnahme auf diese Verhältnisse ihr unbestreitbares Recht zu schwächen.

„Es ist anerkannt", führt Cassel aus, „daß Amerika bisher durchaus Rücksicht auf seine Alliierten genommen habe. Zweifellos ist", so sagt er, „eine allgemeine Lösung der interalliierten Schuldverhältnisse notwendig. Sie macht sehr bedeutende Opfer Amerikas und Englands erforderlich, aber dafür müßten auch die beiden Länder einen **wirklichen Ersatz** bieten, welcher in nichts anderem bestehen kann als in der **Wiederherstellung** von **Ruhe** und **Sicherheit** in der Welt, damit ein Wiederaufblühen des Welthandels möglich wird. Amerika und England haben in ihren Forderungen einen starken Trumpf in der Hand, wenn es gilt, eine solche Gegenleistung zu erzwingen. Es wäre äußerst unklug, schon jetzt diesen Trumpf auszuspielen für Zugeständnisse, welche in Wirklichkeit keine Zugeständnisse sind und in diesem Falle völlig unzweckmäßig wären. Es sieht jetzt so aus, als ob **England** geneigt wäre, in seinen **Opfern** weiter zu gehen als im Frühjahr. Darüber ist nur Gutes zu sagen. **Frankreich** braucht ohne Zweifel in seiner Finanznot jede Erleichterung, die es bekommen kann. Aber Frankreich muß zum Verständnis dafür gebracht werden, daß ein solches Entgegenkommen nur einem Lande erwiesen werden kann, welches seinerseits zu ehrlicher Zusammenarbeit mit der übrigen Welt für eine wirtschaftliche Wiedergesundung bereit sind. **Bevor nicht die französische Politik gründlich geändert ist und zufriedenstellende Beweise des Willens zu solcher Zusammenarbeit geliefert hat, wäre jedes wirtschaftliche Zugeständnis an Frankreich übereilt und stände in schärfstem Gegensatz zu den Interessen der Welt."**

Eine Entente-Behauptung und die Wahrheit.

Das dem Deutschen Reiche durch den Friedensvertrag aufgezwungene **Ausgleichsverfahren** bringt seiner ganzen Einrichtung nach eine gewaltige Verzögerung in der Regelung der Verbindlichkeiten aus der Vorkriegszeit mit sich, unter der die betroffenen Privatpersonen ebenso in Deutschland wie in den alliierten Ländern leiden. Gegenüber dem in den alliierten Ländern immer mehr wachsenden Unwillen des Publikums pflegen neuerdings die in Betracht kommenden alliierten Behörden sowie die Presse die Verantwortung für diese in der Sache liegenden Übelstände auf das **Reichsausgleichsamt** abzuwälzen, dem bewußte Verzögerung in der Anerkennung und Gutschrift gegnerischer Forderungen vorgeworfen wird. Gegenüber diesem Vorwurf muß ausdrücklich betont werden, daß **das Reichsausgleichsamt in der Gutschrift gegnerischer Forderungen den alliierten Ausgleichsämtern weit voraus** ist. Nach dem Stande vom 30. Juni hatte England Deutschland gegenüber anerkannt und gutgeschrieben: 22,99 Prozent der dem gegnerischen Ausgleichsamt mitgeteilten Forderungsbeträge, dagegen Deutschland England gegenüber anerkannt und gutgeschrieben: 48,60 Prozent der mitgeteilten Forderungsbeträge. Frankreich hat Deutschland gegenüber anerkannt und gutgeschrieben: 26,77 Prozent, Deutschland Frankreich gegenüber 35,64 Prozent. Elsaß-Lothringen hat Deutschland gegenüber anerkannt und gutgeschrieben: 4,20 Prozent, Deutschland Elsaß-Lothringen gegenüber: 12,63 Prozent. Belgien hat Deutschland gegenüber 5,78 Prozent anerkannt und 6,66 Prozent gutgeschrieben, Deutschland hat Belgien gegenüber anerkannt und gutgeschrieben 19,91 Prozent.

Diese Zahlen dürften beweisen, daß die gegnerischen Ausgleichsämter **keinen** Anlaß haben, sich über Säumigkeit des Reichsausgleichsamtes zu beklagen. Das Reichsausgleichsamt mußte **im Gegenteil** die Erfahrung machen, daß die **Gutschriften von den gegnerischen Ämtern immer spärlicher eingehen.** So hat das französische Amt dem Reichsausgleichsamt im Juli überhaupt keinen Betrag gutgeschrieben, während die deutschen Gutschriften gegenüber diesem Amte im Juli 32 Millionen Franks betrugen.

Die Besatzungspest.

Grz. In der Rheinstadt **Troisdorf,** die seit längerer Zeit marokkanische Besatzung hat, haben sich in diesem Sommer schon zahlreiche **Übergriffe farbiger französischer Soldaten** zugetragen. So wurde am Samstag, den 27. Mai, eine **junge Dame in Begleitung von drei Herren abends** gegen 10 Uhr **von 20 bis 25 Marokkanern gestellt, die verlangten, daß die Herren ihnen die Dame überliefern sollten oder sofort eine bestimmte Geldsumme hergäben.** Als die Überfallenen fliehen wollten, **zogen verschiedene der Marokkaner das Seitengewehr** und bedrohten die vier Personen tätlich, die sich nur mit aller Mühe in ein **nahegelegenes Haus retten konnten. Die Marokkaner drangen auch hierhin nach und erzwangen von dem Wohnungsinhaber,** den sie ebenfalls mit **Totschlag** bedrohten, die Herausgabe **einer Geldsumme.** Das Mädchen konnte nur mit Mühe in Sicherheit gebracht werden.

Daß auch **weiße Franzosen sich in ähnlicher Weise vergehen,** zeigt ein Vorfall, der erst jetzt **einwandfrei** festgestellt wurde. Danach ist am 13. Mai, nachmittags zwischen 4 und ½5 Uhr ein **unbescholtenes 20jähriges Mädchen** in Duisburg, die ein Kind ausführte, auf dem Kaiserberg von einem **weißen französischen Soldaten überfallen und zu vergewaltigen** versucht worden. Das Mädchen setzte sich tatkräftig zur Wehr und wurde **von dem Unhold erheblich verletzt.** Durch das Hinzukommen verschiedener Passanten, die die Hilferufe der Überfallenen gehört hatten, konnte die Schandtat im letzten Augenblick verhindert werden.

Die Zusammenhänge der Ermordung Rathenaus.

In dem **Ermittelungsverfahren** gegen die Mörder des **Ministers** Rathenau und deren Helfershelfer, finden augenblicklich tägliche mehrstündige Vernehmungen vor dem Untersuchungsrichter, Landesgerichtsdirektor Dr. **Alken,** im Moabiter Kriminalgericht statt. Auf Grund der Ergebnisse der bisherigen Vernehmungen ist das Voruntersuchungsverfahren gegen die Mitglieder der **Organisation** C von dem **eigentlichen** Mordverfahren gegen Ernst Werner **Teschow** und etwa zehn weitere Beschuldigten **abgetrennt** worden und wird von einem anderen Untersuchungsrichter weiterbearbeitet.

Der Anschlag auf Scheidemann.

Über die **Verhaftung der des Mordversuchs an Scheidemann verdächtigen Kaufleute Oelschläger** und **Hustert,** werden jetzt von unterrichteter Seite folgende Einzelheiten bekannt gegeben:

Bei den umfassenden Ermittelungen der Berliner politischen und Kriminalpolizei nach dem Morde an Rathenau und dem Attentat auf Maximilian Harden wurden zahlreiche Haussuchungen an all den Orten vorgenommen, die als Sitze der Organisation C in Betracht kamen, darunter auch in **Elberfeld.** Dort stieß die Nachforschung auf zwei angebliche Kaufleute **Karl Oelschläger** aus Reichenbach in Hessen und **Hans Hustert** aus Elberfeld, die offenbar beide fanatische **Rechtsradikale** waren und früher der **Brigade Ehrhardt** angehört hatten. Seit einiger Zeit waren sie aus Elberfeld **auffälligerweise verschwunden** und hatten sich dem oberschlesischen Selbstschutz angeschlossen. Die Berliner Polizei stellte weiter fest, daß sich die beiden **Personen zur Zeit des Anschlags auf Scheidemann in Kassel aufgehalten** hatten. Sie hatten dort in dem Pensionat einer Frau v. Schlieben gewohnt und sich als **Papierreisende ausgegeben, aber keinerlei Geschäfte gemacht, sondern nur auf großem Fuße gelebt.** Besonders auffällig war, daß sie sich aus Kassel **einige Tage vor dem Attentat abgemeldet hatten, aber noch nach dem Attentat dort gesehen worden sind.** Die Berliner Polizei hat sich auch Bilder von den Verdächtigen verschafft und sie Scheidemann vorgelegt, der aber die Täter nicht erkannte und auch kaum glaubt, daß er überhaupt in der Lage sein würde, den Attentäter zu rekognoszieren. Ein anderer **Tatzeuge** glaubt hingegen, mit Sicherheit in **Hustert den Mann wiederzuerkennen, der das Attentat ausgeführt hat.**

Diese Beobachtungen und Ermittelungen hat die Berliner Polizei dem Oberstaatsanwalt in Kassel mitgeteilt, dem diese Spuren vollkommen neu waren und der ihnen anfangs sehr zweifelnd gegenüberstand. Die Berliner Polizei hat auch als wahrscheinlich mitgeteilt, daß die Täter sich jetzt wieder in **Oberschlesien** aufhalten. Die weitere Verfolgung lag nun in den Händen des Kasseler Oberstaatsanwalts, dessen Beauf-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg